

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

79 (3.4.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 20 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 20 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Ablagen abgeholt 18 M monatlich. — Einzelnummern 1 M. Ausgabe: Werklags mittags. Geschäftsstelle: Redaktion: Ruisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 123; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 2.40 M, auswärts 2.80 M. Die Reklamezeile 7.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Für den Frieden in Europa — gegen den Völkerhaß

Eine deutschfreundliche Rede des neuen amerikanischen Botschafters in Berlin

Aus New York wird unterm 1. April gemeldet: Auf dem Abschiedessen, das zu Ehren des neu ernannten Botschafters Doughton gegeben wurde, hielt dieser eine Ansprache, von der die „New York World“ sagt, sie könne als amtliche Umschreibung der Haltung der Vereinigten Staaten Deutschland gegenüber gelten. Das Blatt fügt hinzu, Doughton habe die Ansprache Harding unterbreitet, der sie ebenso warm gebilligt habe, wie sie von hervorragenden Männern, wie dem Ainer Heimöhlen, gebilligt worden sei. Der Botschafter wurde beim Dinner eingeführt durch Dr. Butler, den Präsidenten des Columbia College. Dieser betonte die Notwendigkeit, den Frieden in der Welt herzustellen, namentlich einen solchen zwischen Amerika und Deutschland. In seiner Erwiderung schloß Doughton aus, gewisse in die auswärtigen Beziehungen eingehende Fragen könne er nicht offen erörtern, aber er könne über den Weltfrieden, in dem man an die Probleme herantreten sollte.

Ich glaube, so führte Doughton aus, an den sittlich-geistigen oder selbst den wirtschaftlichen Wert des Geldes nicht. Er führt nur zur Verwirrung und Fälschung. Beim Verlassen Amerikas habe ich weit mehr die Jahrhunderte des Friedens, der Freundschaft und des reifen Maß des guten Willens im Sinne, als die wenigen Jahre des Krieges und der Mißverständnisse, die sie trennen. Ich wünsche diese alten Bande der Achtung und der gegenseitigen Dienste wieder zu erneuern und zu stärken. Wir selbst können als Nation nicht glücklich und zufrieden sein, solange unsere Völkergemeinschaft nicht glücklich, sondern durch das Gefühl der Ungerechtigkeit verbittert sind. Ein besseres Schicksal müssen wir alle erstreben. Außerdem sehe ich keinen Grund, weshalb wir von einer

großen und stolzen Nation erwarten sollten, daß sie etwas tue, was wir selbst unter den gleichen Umständen nicht tun würden. Der Krieg ist beendet und wer ihn verlor, muß seiner Fähigkeit gemäß für die Rechnung aufkommen. Was aber seine Ursachen angeht und die Zuteilung von Tadel oder Schuld, so sind das Sachen, die ich offen gestanden meinerseits nicht weiter erörtern will.

Unter Hinweis auf den Haß zwischen den Nord- und Südstaaten Amerikas während des Bürgerkriegs, fuhr der Botschafter fort: Der Haß verschwand schnell. Sowohl der Norden als der Süden fanden ihren Weg aus dem Dilemma, als sie einfach der Frage der Ursachen, die sie trennten, ihren Rücken kehrten und an die Arbeit gingen. Mir scheint, daß ein ähnlicher Prozeß praktischer Versöhnung stattfinden oder die europäische Zivilisation zu Grunde gehen muß. Wenn kriegerische Nationen nicht verzeihen können, dann können sie sich wenigstens verbinden in der gemeinsamen Ueberzeugung, daß, was auch sonst der Krieg an Werten geschaffen hat, er uns ärmer lieh.

Sie müssen an die Arbeit oder zu Grunde gehen. Dieser bessere Zustand kann nur kommen als ein Ergebnis der Anstrengung von Männern, die guten Willens sind und von denen, wie ich glaube, genug in jeder kriegerischen Nation leben, die die Heße bilden können, die die Massen heben sollte. Ich denke, sie müssen diese Vermählung zu einer gewissen Pflicht machen. Es ist dies sowohl die Pflicht unserer Nation, als die Pflicht anderer Nationen; es ist dies eine persönliche Pflicht für mich. Es scheint mir der einzige Ausweg dazu, und wir Amerikaner müssen unter der Ärmertätigkeit und Doughton sagte noch, er erleihe hat die Schwierigkeiten und die Widerstände, die sich entgegenstellen würden.

Gleitende Löhne

Von Erwin Barth

Während in früheren Jahren nur gelegentlich einmal über gleitende Löhne geschrieben oder gesprochen worden ist, beherrscht heute dies Thema jede Diskussion über Entlohnungsfragen. Der Reichsarbeitsminister hat in einem Artikel darüber zunächst erheblich kurz getreten. Die Gewerkschaften mögen aus guten Gründen nichts davon wissen. Und die Unternehmer haben jüngst in Köln auf ihrem Kongreß aus eben solchen Gründen gleichfalls die Einführung gleitender Löhne abgelehnt. Wenn trotzdem diese Frage im Vordergrund bleibt und namentlich von der Arbeiterseite immer wieder angeschnitten wird, müssen gewichtige Gründe vorliegen.

Die rasch fortschreitende Geldentwertung führt natürlicherweise die Erpressfähigkeit der Lohn- und Gehaltsempfänger in erheblichem Maße. Je schneller die Entwertung des Geldes fortschreitet, desto größer wird die Vertrauenskrise in den Arbeiterkreisen. Das Bedürfnis nach einer festen wirtschaftlichen Existenz ist ein berechtigtes und gutes Bedürfnis.

Vor dem Kriege war dieses Bedürfnis in einem allgemein befriedigenden Umfange erfüllt. Der Wert des Geldes veränderte sich kaum. Tarifverträge mit jahrelanger Geltungsdauer konnten abgeschlossen werden, weil man mit 100 Prozent Sicherheit mit einer Stabilität der Preisgestaltung für die Lebenshaltung rechnen konnte. Lohn und Preis waren auf einer festen Goldbasis aufgebaut und waren leicht auf längere Zeit hin in vollem Einklang zu halten. Heute ist das anders geworden. Wer wolle heute sagen, einen Tarifvertrag mit einjähriger oder auch nur halbjähriger Gültigkeit der Löhne abzuschließen? Der heute abgeschlossene Tarifvertrag ist morgen oder übermorgen bereits wieder in gewissem Umfange unhaltbar geworden. Löhne und Preise stehen auf der schwankenden Papiergrundlage. Aus der Hundertpfennigsmark der Goldwährungszeit ist die 14 Pfennigsmark unserer heutigen Papierwährungszeit geworden. Es ist möglich, daß in einigen Wochen die Mark nur noch den Wert eines Pfennigs hat. Da wir in der inneren Preisgestaltung von der Bewegung unseres Geldes im Auslande abhängen, wird dann, einigermassen entsprechend dem gesunkenen Geldwerte, eine größere Anzahl von Papiermark für die Erwerbung der Lebenshaltungsgüter notwendig sein. Wenn am 1. Februar 1922 beispielsweise den Lebenshaltungskosten gegenüber der Vorkriegszeit entsprechend, die Löhne durch ein Tarifabkommen auf das 20fache des Jahres 1913 festgelegt worden sind, so beträgt bei monatlicher Laufdauer des Tarifvertrages der Lohn am 31. März noch immer das 20fache. Die Lebenshaltungskosten aber haben sich von Tag zu Tag erhöht und sind auf das 25fache der Friedenslohn angelangt. Das heißt, der nominal gleichgebliebene Lohn ist in seiner Kaufkraft um 20 Prozent gesunken. Auf Kosten der Existenz des Lohnempfängers haben sich die Preise erhöht. Die Warenpreise gleiten aufwärts, während der Lohn stillsteht. Je größer der Abstand zwischen Lohn und Preis wird, in desto stärkerem Maße wird der Arbeiter heunruhigt; denn er fühlt in seinem ganzen Hausstand die Schädigung. Hier ist der Anfang des infraaktiven Wunsches der Arbeiterschaft zu suchen, einen automatischen Ausgleich der Lohnentwertung mit der Preisentwertung zu finden. Nicht aus Liebe zu dem Wort „gleitende Löhne“, nicht aus einer fixen Idee heraus, sondern aus den Gründen eines durchaus realen Bedürfnisses nach Existenzsicherheit werden die gleitenden Löhne immer wieder in den Kreis der Diskussion gezogen.

Das Problem der gleitenden Löhne ist wohl der schwierigste eines. Die Anwendungs- und Gestaltungsfähigkeit gleitender Löhne zeigt tausende verschiedene Gesichter. In England, wo sie zuerst angewandt wurden, sind sie als eine Gemeinheitsleistung der Arbeiter gedacht und ihre Auf- und Abwärtsbewegung wird durch das Auf und Nieder der Gewinnsrate des Unternehmens bestimmt. In Dänemark ist durch Uebereinkommen zwischen den Unternehmern und Arbeiterverbänden der Tariflohn in ein bestimmtes Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten gebracht worden, und die Bewegung der Löhne hängt von der Preisgestaltung auf dem Markte der Lebenshaltungsgüter ab. Für Deutschland können nach Lage der Dinge gleitende Löhne nur in Frage kommen, die durch die Preise der Lebenshaltungskosten bestimmt werden. Aber nachdem man diese Grundlage angenommen hat, erhebt sich schon die ganze Fülle von Schwierigkeiten für die praktische Anwendung. Im Rahmen der Veröffentlichungen der Sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft hat soeben Prof. Dr. Karl Bräuer eine Schrift über die „Anpassung der Löhne und Gehälter an die Lebenskosten“ veröffentlicht, die zu den besten gehört, die die neuere Literatur über diesen Gegenstand bietet. In einfacher anschaulicher Darstellung führt diese Schrift mitten hinein in die Komplikationen, die die praktische Durchführung der gleitenden Löhne hemmen. Bräuer hat sich ein großes Verdienst erworben, indem er dieses kritische Reifebuch über gleitende Löhne geschrieben hat.

Die erste Voraussetzung für die Einführung gleitender Löhne ist ein brauchbarer Maßstab für die Abmessung der Lebenshaltungskosten und ihrer Bewegung. Wir haben in Deutschland eine ganze Anzahl solcher Maßstäbe in den Indizes des Reiches, der einzelnen Städte und einer Anzahl von privaten Statistiken. Aber alle weichen sie in ihren Ergebnissen voneinander stark ab und keiner ist einwandfrei und sicher. Das Wichtigste, das geschaffen werden muß, ist also ein zuverlässiger Index, d. h. es muß unter Berücksichtigung von Familienstand und Familienumfang ein Normalverbrauch an Lebensgütern auf-

Eine Konferenz der sozialistischen Internationalen

Am Sonnabend trat im Reichstag eine vorbereitende Sitzung für die internationale Konferenz, die am 2. April beginnt, zusammen, um die technischen Vorbereitungen zu treffen. In dieser Sitzung nahmen von Seiten der Exekutive der 2. Internationale Max Donath-London, Wandervelde-Brüssel und Weiss-Berlin, von Seiten der kommunistischen Internationalen Prof. Dr. Bräuer-Berlin und Seifin-Berlin, von Seiten der Internationalen Arbeitervereinigungen Sozialistischer Parteien (I.A.V.) Adler-Luxemburg-Paris und Crispin-Berlin teil. Als Beobachter nahmen am 2. April auch die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands teil. In der Sitzung wurde eine vollständige Einigung über die technischen Details erzielt. Die Zahl der Teilnehmer wird für jede der drei Exekutiven auf zehn festgelegt, außerdem haben Mitglieder der anderen Parteien, als Zuhörer an der Konferenz teilzunehmen. Von Parteien, die keiner der drei internationalen Organisationen angehören, wird nur die italienische Partei, da die in Frage steht, zugelassen, und zwar ein Mitglied mit beratender Stimme und zwei als Zuhörer. Die Verhandlungen werden unter der Verantwortung der betreffenden Exekutiven abgehalten. Von den Verhandlungen wird eine vollständige Protokolle, deutsch, englisch, französisch. Die Übersetzungen werden für die Beobachter von dem von ihr gestellten Übersetzer übergeben werden.

Die Verhandlungen werden, um Zeit zu sparen, nicht wie ursprünglich anberaumt, im Gemischtsprachenraum, sondern im Reichstag, Saal 25, stattfinden. Die Verhandlungen beginnen Sonntag 10 Uhr vormittags. Friedrich Adler, der Sekretär der I.A.V., von dem die Einladung zur Konferenz ausging, wird die Eröffnung und darauf ein Präsidium, in dem jede der drei Exekutiven einen Vertreter haben wird, bestellt werden.

Die Beurteilung der letzten deutschen Ministerrede in England

Der „Transit“ wird aus London gemeldet: Die englische Presse behandelt die deutschen Ministerreden bereits zurückhaltend, ebenso ist auch in den verschiedenen Regierungsämtern keine Erregung wahrzunehmen. Das Auswärtige Amt dürfte der Meinung sein, daß auf alliierter Seite die Reparationskommission mit der Angelegenheit befaßt ist. Damit kommt zum Ausdruck, daß auch nach der deutschen Regierungserklärung englischerseits kein Grund zu einer politischen Krise als gegeben betrachtet wird. Derselbe Auffassung ist bei der mit der Reparationsfrage sachlich betrauten Stellung als betrübend und sieht das Entscheidende darin, daß die deutsche Regierung sich bereit erklärt hat, mit der Reparationskommission weiter zu verhandeln. Dabei besteht die Auffassung, daß die Reparationskommission derzeitige Verhandlungen weder ablehnen kann noch wird.

Diese Beurteilung ist umso wichtiger, als sie sich der Tatsache voll bewußt ist, daß Berlin ein Erhöhung der Steuern zu erwarten hat. Wie früher bereits berichtet, sollen die maßgebenden Stellen die Reparationsnote indubio auf die 60 Milliarden setzen und besonders in dem Punkte der praktischen Regelung der Reparationsleistungen durchaus anders auf, als die deutsche Regierung bisher wohl oder übel aufpassen mußte. Für die Stellung Deutschlands bei den kommenden Verhandlungen

mit der Reparationskommission dürfte nicht ohne Wert sein, daß durch das Wort des Reichstags, das hier stark beachtet wird, nicht nur der ablehnende Teil der Kanzlerrede, sondern der positive Teil der Erfüllungspflicht auf die breitesten innerpolitischen Basis gestellt ist. Englische Beobachter verweisen sich davon ein praktisches Funktionieren der beschlossenen Steuern und damit die Befestigung eines der ernstlichen Einwände gegen die deutsche Finanzordnung.

Genua

Ankunft der Sowjetdelegation in Berlin
Berlin, 2. April. (Reichstelegramm.) Gestern mittags ist die für Genua bestimmte russische Delegation unter Führung Tschitschew in Berlin eingetroffen.

Wie der „Lokalanzeiger“ hört, haben die deutsche Reichsregierung und die preussische Staatsregierung alle Vorzüge zum Schutze der in Berlin eingetroffenen Sowjetdelegation für Genua getroffen. Die Eisenbahntreuen, die sie auf ihrer Fahrt benötigt haben und weiter benötigen werden, sind dem Walle zufolge, unter militärischer Bewachung gestellt. In Potsdam selbst waren die Vorbereitungen zur Abreise streng geheim gehalten worden.

Die deutsche Vertretung auf dem internationalen Gewerkschaftskongreß

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird auf dem internationalen Gewerkschaftskongreß in Rom, der Anfang April zum Austritt, durch die Genossen Dr. Leipart und Adolf Cohen sowie die Genossin Gertrud Hanna vertreten sein. Vom Vorstand des Bundes werden die Genossen Aufhäuser und Urban entsandt werden. Die Zentralverbände einzeln sind auf gemeinsame Vertreter nach Industriegruppen und wählten die Genossen Dikmann (Metallindustrie), Frey (Chemische Industrie), Torow (Holzindustrie), Pylow (Baugewerbe), Soreberg (Textil- und Bekleidungsindustrie), Danneberg (Lebensmittelgewerbe) und Mühlner (Kommunal- und Staatsbetriebe); außerdem werden sich von den internationalen Berufssekretären, die ihren Sitz in Deutschland haben, die Genossen Simon (Schulindustrie) und Strieme (Malergewerbe) der Delegation anschließen.

Arbeitslosigkeit und Beamten-Entlassungen

Wie die Blätter melden, soll die Zahl der Arbeitslosen in Polen 200 000 Personen betragen. Diese Zahl bedeutet gegen Februar eine Steigerung von 75 Prozent. — Ferner berichten die Blätter, daß die polnische Regierung in sämtlichen Verwaltungszweigen erhebliche Beamtenentlassungen vorgenommen habe. Im ganzen ist der Beamtenetat um 25 000 Personen vermindert worden. Von diesen Entlassungen entfallen allein auf die Bahn-, Post- und Telegrafverwaltung 12 000. Die Warschauer Regierung erhofft durch diese Entlassungen eine monatliche Ersparnis von 1 1/2 Millionen Mark.

Schweres Bergwerksglück

Am 16. Leichen geborgen — Noch 302 Mann von der Oberwelt abgeperrt

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Breßlau meldet, brach in Anfeldschadt in Betschdorf bei Ratibor unter Tag ein Brand aus, der bisher noch nicht gelöscht werden konnte, 16 Bergleute wurden tot, 33 mit sehr schweren Brandwunden geborgen. 362 der Belegschaft sind von der Oberwelt abgeperrt.

gestellt und sorgfältig gegliedert werden nach dem tatsächlichen notwendigen Aufwand für die verschiedenen Bedürfnisse (z. B. 20 Prozent der Ausgaben für Wohnung, 7 Prozent für Bekleidung, 7 Prozent für Schuwerk, 7 Prozent für Fleisch, 7 Prozent für Kartoffeln usw.). Je genauer und den tatsächlichen Verhältnissen entsprechender die Abmessung der einzelnen Bedarfsgegenstände im Rahmen des Gesamtbedarfs erfolgt, um so zuverlässiger ist die Indexgrundlage und um so genauer läßt sich aus der fortlaufenden Notierung der Preise für die einzelnen Gegenstände die Bewegung im Gesamtaufwand, die dann maßgebend sein soll, für die Bewegung der Löhne abmessen. Dabei hat es allerdings infolge der merkwürdigen Preisunterschiede für die gleichen Artikel in den verschiedenen Teilen des Reiches einen bösen Haken. Am 15. Februar kostete z. B. in Augsburg ein Ei 3.50 M und in München 6.25 M; ein Pfund Zucker in Magdeburg 6.37 M und in Breslau 8.20 M; ein Liter Vollmilch im freien Handel in Chemnitz 5 M und in Frankfurt 12 M; ein Pfund Reis in Mannheim 6 M und in Berlin 10 M; ein Pfund Kartoffeln in Stuttgart 1.40 M und in Laufen 3.50 M. Daraus lassen sich die großen Schwankungen, denen die Lebenshaltungskosten im Reichsgebiet von einem Gebietsteil zum anderen unterliegen, ermessen, und daraus wird klar, daß ein Reichsindex, der in allen Gebietsstellen gleichmaßen als richtig anerkannt wird, zurzeit gar nicht aufstellbar ist. Aus diesem Grunde ist es auch unmöglich, beispielsweise Reichslohntarife mit gleichenden Löhnen abzugleichen.

So wie die Verhältnisse heute in Deutschland liegen, kann ein solcher Index nur für geschlossenen liegenden Landesteile mit einigermaßen einheitlichen Preisen aufgestellt werden. Mit dieser Feststellung erhebt sich eine neue Schwierigkeit für die Einführung gleichender Löhne im allgemeinen. Für die Preise der industriellen Produkte gelten ganz andere Bestimmungsgründe als für örtliche Lebenshaltungskosten. Der gleiche Gegenstand, den eine Fabrik in Laufen und in Augsburg fabriziert, muß bei gleicher Qualität auch ungefähr den gleichen Preis haben; denn der Käufer auf dem Markt kümmert sich um die Verhältnisse der Herstellungskosten der menschlichen Arbeitskraft, die in diesen Produkten steckt, nicht im mindesten, sondern greift nach dem wohlfeileren Artikel.

Kraftlos anwendbar sind befriedigende gleichende Löhne in der gegenwärtigen Zeit eigentlich nur in öffentlichen Betrieben, deren Auswirlungsbereich lokal begrenzt ist, z. B. in Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken. Da allerdings sollte man sich ernsthaft mit dem Gedanken befassen und den dort beschäftigten Arbeitern, von denen man im Lebensinteresse der Bevölkerung eine ununterbrochene Erfüllung ihrer Arbeitspflicht verlangt, als schuldigen Gegenwert mit Hilfe der gleichenden Löhne die Sicherheit geben, daß sich deren Arbeitseinkommen mit automatischer Regelmäßigkeit den veränderten Lebenshaltungskosten anpaßt.

Die Löhnerung und die Selbstwertung in Österreich, Polen und Rußland

In Österreich erreichte die Verteuerung der Lebenshaltung im Oktober vorigen Jahres das 205fache des Vorkriegsstandes. Der Wochensohn der Buchdrucker war von Januar 1914 bis Oktober 1921 von 38 auf 6806 Kronen oder um das 179fache des Friedensstandes gestiegen. Im Dezember wurde der Lohn auf 17 424 Kronen oder auf das 459fache des Friedensstandes hinaufgesetzt, während die Kosten der Lebenshaltung auf das 594fache gestiegen waren. Bis zum Februar ds. Js. ist abermals ein wesentlicher Aufschlag von 4008 Kronen zu dem Lohn gekommen, d. h. ein Mindestwochenlohn von 21 432 Kronen. Für 4 Wochen ergibt sich ein Mindestlohnbetrag von 85 728 Kronen, die Kosten des Lebensunterhalts einer 4köpfigen Familie betragen schon im Dezember in Wien 97 375 Kronen. Seitdem ist aber eine Verteuerung von 50 v. H. eingetreten.

In Polen zeigt die Entwicklung dasselbe tröstlose Bild. Von Januar bis November 1921 sind die täglichen Lebenshaltungskosten einer 4köpfigen Arbeiterfamilie in Warschau von 450 auf 1524 polnische Mark oder um das 34fache in die Höhe gegangen. Gleichzeitig stieg der durchschnittliche Tageslohn eines Bauhandwerkers von 596 auf 2348 M. Das entspricht einem Wochensohn von 14 088 M. Eine ähnliche Bewegung weisen die Löhne der übrigen Arbeiter auf.

Bei der Betrachtung russischer Verhältnisse kommen wir noch zu erheblich höheren Summen. Die russische Staatsbank hat auf Grund der Februarpreise für 6 große Bezirke das monatliche Existenzminimum festgesetzt; es schwankt zwischen 1,4 bis 3 Millionen Rubel.

So hoch diese Beträge auch erscheinen, tatsächlich ermöglicht sie nur eine kümmerliche Existenz des Defizits. Für eine Reichsbank gab die russische Staatsbank am 24. Februar d. J. 2200 Sowjetrubel. Das monatliche Existenzminimum des ersten Bezirks in Höhe von 3 Millionen Sowjetrubel gleich also nur 1364, das des 6. Bezirks in Höhe von 1 1/2 Millionen Rubel nur 508 russischer Papiermark.

Inzwischen sind diese Zahlen längst überholt. Nach der „Gonomitischen Zeitschrift“ vom 25. Februar 1922 kostete das monatliche Existenzminimum am 15. Februar 1922 in Petersburg 5 224 000 Sowjetrubel = 2693 Mark in Moskau 5 063 000 Sowjetrubel = 2301 Mark.

Die absolute Höhe dieser Zahlen vermindert bei der Umrechnung in Reichsmark, die mangels alterer Kursangaben zum amtlichen Kurs vom 24. Februar vorgenommen wurde. Auf fallend ist dagegen die sprunghafte Steigerung der Lebenshaltungskosten. Vom 15. Januar bis zum 1. Februar erreichte sie in Petersburg 81 v. H. und in Moskau 77 v. H. der letzten Feststellung; die nächsten 14 Tage brachten eine weitere Verteuerung des Existenzminimums um 47 v. H. in Petersburg und um 26 v. H. in Moskau. Für den 28. Februar wird das monatliche Existenzminimum in Moskau auf 7 878 000 Sowjetrubel veranschlagt. Demnach hat in Rußland wiederum eine neue Verteuerungswelle eingesetzt.

Kommen wir aber in Deutschland diesem Zustande unserer ökonomischen Verhältnisse immer näher, so wird die Erkenntnis darüber nicht im unklaren sein können, daß damit jede Zahlungsfähigkeit der deutschen Regierung aufhören muß. Eine solche Zahlungsunfähigkeit würde aber auch für Deutschland politisch eine starke Erschütterung bedeuten und zugleich die Aufhebung eines starken Anknüpfungspunktes zu den übrigen europäischen Staaten von katastrophalen nach dem Osten hin eine Unterbrechung des Wiederaufbaues zu übernehmen. Wir sind auf dem besten Wege, immer mehr einer Entwaldung zuzugreifen, die nicht nur für Deutschland, sondern auch für die übrigen europäischen Staaten von katastrophalen nach dem Osten hin eine Unterbrechung des Wiederaufbaues zu übernehmen. Wir sind auf dem besten Wege, immer mehr einer Entwaldung zuzugreifen, die nicht nur für Deutschland, sondern auch für die übrigen europäischen Staaten von katastrophalen nach dem Osten hin eine Unterbrechung des Wiederaufbaues zu übernehmen.

Die Zerlegung innerhalb der U. S. V.

Zwischen dem unabhängigen Stadtverordneten Wehl und zwei unabhängigen Stadträten in Berlin kam es am Donnerstag anläßlich einer Stadtverordnetenversammlung zu tumultuarischen Auseinandersetzungen. Der frühere unabhängige Stadtverordneter Wehl sprach bei der Beratung der Dedungsborlage für die Mehrausgaben, die aus dem Schiedspruch über die Erhöhung der Löhne und Gehälter resultieren. Der Inhalt der Rede veranlaßte zwei unabhängige Mitglieder des Magistrats, wegen der Angriffe sich gegen die Kritik des Stadtverordneten Wehl zu wenden. Sie gaben eine Erklärung folgenden Inhalts ab:

Die maßlosen und ungerechtfertigten Angriffe des Herrn Stadtverordneten Dr. Wehl gegen den Magistrat müssen wir entschieden zurückweisen. Herr Stadt. Dr. Wehl ist bekannt, daß die von ihm so heftig angegriffenen Magistratsbeschlüsse insbesondere auch von allen seinen Parteifreunden im Magistrat mit gefaßt worden sind. Wenn nun Herr Stadtr. Dr. Wehl dennoch in aller Öffentlichkeit die schärfsten Angriffe gegen den Magistrat richtet, dann wird dadurch lediglich bestätigt, daß das in der „Freiheit“ vom 23. März veröffentlichte kommunalpolitische Handb. einseitig von Herrn Stadtr. Dr. Wehl wiederholt von Herrn Stadtr. Dr. Wehl nicht wird. Dieses Vorgehen wird nicht von Verantwortlichkeitsbewußtsein, sondern von reinem Agitationsbedürfnis getragen. Eine solche Politik machen wir nicht mit. Schünung. B. H. H.

Die Zerlegung kam nicht über die ersten Sätze hinaus. Die drohende Spaltung der lernenden Kommunisten und eines Teils der Unabhängigen verhinderten die weitere Zerlegung. Zahlreiche Mitglieder der Unabhängigen, besonders aber Kommunisten, stützten nach dem Rednerpult. Ein Stadtverordneter der unabhängigen Fraktion versuchte sogar, seinem Fraktionskollegen die formulierte Erklärung aus der Hand zu reißen. Der Tumult legte die Sitzung verlagern mußte. Während der vierstündigen Pause traten die Unabhängigen zu einer Fraktionsversammlung zusammen.

Der Reichspräsident

Von Max Sax

Vorausgesetzt wird in nicht so langer Zeit das deutsche Volk zur Wahl eines neuen Reichspräsidenten an die Urnen gerufen werden. Unser Genosse Preis-Ebert ist ja immer noch unser vorläufiger Präsident des deutschen Reiches, er ist provi-

sonisch von der Nationalversammlung gewählt worden, während die Reichsversammlung vordrückt, daß der Reichspräsident in direkter Wahl vom Volke zu wählen ist. Die Reichspräsidenten des deutschen Reichspräsidenten unterscheiden sich wesentlich von dem des amerikanischen Präsidenten. Sie ist vielmehr der Stellvertreter des französischen Präsidenten ähnlich, der allerdings nicht durch das Volk, sondern von Kammer und Senat gewählt wird.

Der amerikanische Präsident verfügt über eine viel größere politische Macht als sein französischer Kollege. Er ist der militärische Chef der Regierung. Ein dem Parlament verantwortliches Ministerium gibt es in Amerika nicht. Die amerikanischen Staatssekretäre sind Untergebene des Präsidenten und haben keinen Befehlsweg zu folgen. Sie bedürfen nicht des Vertrauens der Parlamentsmehrheit. Die amerikanischen Kongresse, Senat und Repräsentantenhaus, haben nicht die Möglichkeit, vom Präsidenten ernannte Staatssekretäre durch ein Misstrauensvotum zu Fall zu bringen.

Anderes in Frankreich. Die Stellung des französischen Präsidenten ist der eines streng konstitutionellen Monarchen nachgebildet. Die Leitung der Regierungsgeschäfte liegt nicht in den Händen des Präsidenten, sondern in den Händen der Minister, die zwar formell vom Präsidenten ernannt werden, aber das Vertrauen der Parlamentsmehrheit genießen müssen und daher nur so lange im Amt bleiben können, wie eine Mehrheit in der Deputiertenkammer hinter ihnen steht.

Dem deutschen Reichspräsidenten werden zwar durch die Verfassung eine Reihe wichtiger Rechte eingeräumt. Der Reichspräsident kann Bündnisse und andere Verträge mit anderen Mächten abschließen. Er hat den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches, er kann den Reichstag auflösen und eine Verfassungsänderung über jedes vom Reichstag beschlossene Gesetz herbeiführen. In bestimmten Fällen ist er zum Erlass von Verordnungen berechtigt. Aber der deutsche Reichspräsident kann in keinem Fall selbständig handeln. Alle seine Anordnungen und Verfügungen bedürfen der Gegenseignung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister.

Wird der Reichspräsident bei allen seinen Regierungsmassnahmen von der aus dem Reichskanzler und den Reichsministern bestehenden „Reichsregierung“, die ihrerseits wieder von ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages bedarf. Der Reichspräsident wird sich also den Beschlüssen des Reichskabinetts fügen müssen. Gäbe er z. B. einer vom Reichskabinet getroffenen Beordnung seine Zustimmung nicht, so würde die Reichspräsidenten die Bildung einer anderen Regierung kaum möglich machen. So daß er die zurückgetretenen Minister wieder ernennen und dann ihre Wünsche erfüllen müßte.

Wiederholt sind schon unserem Genossen Ebert wegen der Unterzeichnung bestimmter Verordnungen schwere Vorwürfe gemacht worden. Damit wurde ihm Unrecht getan. Die Verantwortung für die vom Reichspräsidenten erlassenen Verordnungen haben allein der Reichskanzler und die Reichsminister zu tragen. Wenn eine rein bürgerliche Regierung vorhanden wäre, so wäre unter Umständen ein sozialdemokratischer Reichspräsident gezwungen, Verordnungen zu unterzeichnen, die er persönlich durchaus nicht billigt. Aber würde er die Beschlüsse des Reichskabinetts zu durchkreuzen, so würde seine Handlungsmöglichkeit seiner verfassungsmäßigen Stellung nicht in Einklang sein.

Der Reichspräsident verfügt also über keine große politische Macht. Aber trotzdem ist er nicht gleichgültig, weil auf dem Präsidentenstuhl eine Würde z. B. irgend ein politischer Führer der General zum Reichspräsidenten gewählt, so könnte der durch das deutsche Volk schwer gebilligt werden. Wenn auch der Ausgang der Präsidentenwahl nicht von so entscheidender Bedeutung für das deutsche Volk ist, wie der Ausgang einer Reichstagswahl, so müssen doch die Wahlen des deutschen Volkes dieser Wahl die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit kein ungeeigneter Mann zum Präsidenten der deutschen Republik gewählt wird.

Gewerkschaftliches

Aktion, Angestellte!

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen, welcher bekanntlich den im Reichsversicherungsamt am 23. März gefällten Schiedspruch abgelehnt hat, hat nunmehr hinter dem Rücken der Versicherungsminister eine Verteuerungsmassnahme erlassen, an die Angestellten als Verteuerungsmassnahme gleichzeitige Beiträge auszuscheiden, die namentlich bei den jüngeren Angestellten hinter dem Schiedspruch weit zurückbleiben. Deren Angestellten der wirtschaftlichen Notlage kann den Versicherungsangehörigen nicht verbergt werden, wenn sie diese Abfertigungsleistungen annehmen. Die am Tarifvertrag beteiligten Angestelltenorganisationen fordern sie aber auf, sich dadurch nicht binden zu lassen und namentlich jede Unterfertigung abzu-

Das Winkelquartett

Eine komische Kleinstadtgeschichte

Von Anna Croissant-Ruß

(Fortsetzung.)

Sie hatte bei aller sehnsüchtigen Hoffnung sich doch ein gewisses Gefühl der Bewunderung für Magl bewahrt, fühlte sogar Sympathie für ihn. Er war einmal anders wie die anderen, gewiß, und wenn er auch kein Baron hätte werden dürfen, warum konnte er denn kein Studierler werden? Von ihr aus schon. Aber der Vater wollte ja nicht. Freiwegen konnte er sie auslassen, sie war überzeugt, daß etwas „Ertrags“ in Magl war, das ließ sie sich einmal nicht abtreiben! Sie hätte wohl alles für ihn ausgegeben, wenn sie nicht auf der einen Seite zu resignierter gewesen wäre und auf der anderen Seite eingesehen hätte, daß ein Winkler Kinder da waren, die notwendig das Geld von dem Baron gebrauchen konnten, und an die in stillschweigender Nebenbetrachtung die Monatsrate mit überging.

Der Magl zerbrach sich in mancher schlaflosen Nacht den Kopf, wo eigentlich sein Geld hinlame, wie er es für sich bekommen könne, überhaupt, was aus ihm werden sollte. Wandern konnte er nicht, wie der Feind es kurzer Hand getan, auch auf's Landwerk reisen ging nicht, er hatte ja keines los. So mußte er wohl Zeitungsjunge und Kupferbleiben, wenn der Himmel nicht ein Einsehen hatte.

Und er hatte ein Einsehen: er sah die gerade den Feind wieder zurück, zu einer Zeit, wo der arme Magl sehr unglücklich war. In seinem Beruf als Zeitungsjunge wurde er schon ganz erheblich verdunkelt durch den jungen Bruder, der ihn schon geraume Zeit unterstützte. Die Unterstützung war so kräftig, daß der Magl zum bloßen Schenken herabsank. Der Bruder war größer, freier, stets wohlgenut, gleich ganz der Mutter in jüngeren Jahren und pfiff und lachte und schwätzte den ganzen Tag. Dumm war er wie Bohlenholz, aber hübsch, da mußte der Magl freilich sich zurückziehen. Alle Kunden machten enttäuschte Gesichter, wenn er braunen Hand und nicht der fidele Karl, und wenn er noch so hübsch war. Das tat weh, das wurmte ihn, das ließ ihn nicht fröhlich werden.

Doch gab es eines, das ihn wieder tröstete, und darüber machte er eifertig: das Interesse und die Teilnahme, nein, die Würdigung seiner Person, die er sich bei einigen Kunden erworben. Das waren solche, die den Bruder übersehen, sich aber

mit ihm beschäftigten, die ihm Tropfen der Wärme und Anerkennung gaben, wonach seine Seele lechzte.

Da war vor allem der Herr Kaplan, der erste Sommer, dann auch der Meister Je-an-Kesler, der sehr schwer zu behandeln war, auch sein alter Lehrer aus der Sonntagsschule und seit kurzem ein junger Geistlicher. Alle vier, jeder in seiner Art, knüpften Gespräche mit dem Magl an, großenteils über den Inhalt der Zeitungen, denn Magl war ein eifriger Zeitungsläser und der Politik — zu jener Zeit das neue deutsche Reich und der „Wismar“ insbesondere interessierten ihn ungemein. Politik und Vaterland — wenn er nur immer Auswege aus den Wirren gefunden hätte!

Ram er zu Herrn Kaplan, so sagte der so, und kam er zum Herrn Kaplan, so sagte der ganz anders. Der Herr Lehrer meinte, er verliere das doch nicht und der Herr Kesler ließ sich wiederholen, was die anderen drei gesagt, und lachte sie dann alle rei aus.

In politischen Dingen wandelte er sich daher am liebsten an den Herrn Kaplan, der ihn fast für voll nahm und sich keine Gelegenheit entgehen ließ, dem Zeitungsjungen in Wichtigkeit und Würde zu imponieren. In der Magl hatte schon des öfteren in das kleine Heiligum eingetreten und hatte dort sich setzen und mit dem Herrn Kaplan disputieren dürfen. Alle politischen Meinungen, z. B. die dieser nicht direkt an den Mann — in diesem Fall an den Herrn Kaplan — sich zu bringen getraute, mußten durch den Magl zu den französischen Kampfmachern gebracht werden. „Sag's auch dem Meister Kesler“, rief ihm gewöhnlich der Herr Kaplan noch ausweichend nach.

Der Herr Kaplan war nämlich ein ganz fanatischer Wismar-Verfechter, der Herr Kesler als Halbfranzose stand der Verehrung sehr heftig gegenüber und der Magl, treu der Schule des Herrn Kaplan, sprach ihn wie die Pest, wenn er auch in seiner tiefsten Tiefen, zwar mit Frauen, aber dennoch, der Verehrung zuzutreten mußte.

„Der ist das böse Prinzip für Bayern“, sagte der Herr Kaplan, „der wird alles zusammen in unsern schönen Bayern aufreiffen, das Geld, die Steuern, die Fürsten und unser Gemüt.“

„Dergott, wann ers norr freiset eret Kirchen und eure Oelgögen von Pfaffen dazu, und euer Gemüt erit recht. Nhr werdet so noch zu würge hatwe dran, wann ihrs allein nunter bringe wollt.“

„Herr Kaplan, ich sag's Ihnen, der ist der Antichrist.“

Magl, du bist's annehmbarer Wursch sonst, aber in der letzte Zeit riechtst du nach Weibrauch und des kann ich nit rieche!

„Herr Kaplan, Sie werden noch an mich denken, warten Sie nur, wenn es zu spät ist, wann unser schönes Land Bayern dem Wülfel und gefressen ist, sagen Sie mir, ich hab's gesagt.“

Magl, du bist's ja kein Standpunkt, du bist's ja Postfresser, mach' ich, und a' rechtes Entwicklungsbündnis, du und dein Kaplan sind recht. Das soll auf euch kommen, ihr verweist den Land Bayern, ihr ruinieret's, ihr arbeiter dem größte Mann unseres Jahrhunderts entgegen, du, ja du! Was wirst du d'r ärmel Vorwurf mache, du beschuldigst ein, später, ich weiß du beschuldigst ein!“

Und er entwarf ihm ein Bild des großen und gewaltigen Mannes, daß der Magl im Inneren gepackt voller Beunruhigung und Scheu und doch voller Grauen aufstehe. Ganz wie beim Feind, dachte er sich, den hatte er auch geküßt und doch nicht von ihm loskommen können, ihn geküßt und doch wieder war er an ihm geblieben. Und genau wie es ihn gezwang, obwohl es es nicht gewollt, beim Herrn Kaplan vom „Wismar“ zu reuert mußte er beim Herrn Kesler vom Feind anfangen.

„Halt' deine Seele rein, unterlege nicht den Versuchungen und den listigen Neben, den gleichnerischen, die dir flast entgegen und dich doch vergiften, hoffe den Verderber unseres Vaterlandes, den Beschirmer unserer heiligen Religion, ihre nicht auf den Versuch und bleibe stark. Der Mann, dessen Namen ich nicht nennen will, ist wie die Schlange in dem gleichenden Wasser und laßt Verderben. Laß dich nicht bestechen.“ So ber Kaplan.

Also hin und hergerissen kam er dann zum Herrn Kesler und da war's der Feind, der ihn zum Neben zwang, denn der „Wismar“ hatte der Herr Kesler sehr bald abgetan. Die Glorie mit dem neuen großen deutschen Reich, und dem großen mächtigen Kaiser, nachher sitzen wir gleich wieder in der Finne oder im Dreck. Ich kenne ja meine Deutschen, ich kenne ja meine Bayern! Das nur den Herrn Kaplan tonen der Freude, er schreit schon nach einmal Peter und Rodio, wenn's an die Steuern geht, wie was bei der Schicht zuletzt doch rauskommt, sag ich und doch wie sicher! Wenn der ärgste Krummel vorbei ist, nachher wollen wir wieder reden, das beide End kommt schon nach. Deswegen können wir da aede nicht zu meinen, ich halt' ja keinen Stutzen zugebott' hätten, das gang Bayern an liechten mit ihren schon dumf und dumm mit kein Licht herein kommt und alles schon dumf und dumm beinander bleib, von der Saat mag ich nichts wissen, wer's die Braucht mich keiner kennen zu lernen.“

(Fortsetzung folgt.)

Strassenbahnunfall. Am 1. April d. J. nachmittags kurz vor 4 Uhr stieß eine Kaiser- und Durlacherstraße ein Kraftwagen einer hiesigen Bierbrauerei mit einem Straßenbahnwagen der Linie 1 zusammen, wobei der Straßenbahnwagen aus dem Gleis geworfen wurde und quer über die Straße zu liegen kam. Sowohl der Straßenbahnwagen, wie das Lastauto wurden leicht beschädigt. Personen wurden nicht verletzt. Es trat eine Verkehrsstörung von etwa 40 Minuten ein.

Einen Schlaganfall erlitt eine ledige Näherin hier am Randellplatz in der Nacht vom 1. auf 2. April nachts etwa gegen 1 Uhr. Die durch den Unfall linksseitig Gelähmte wurde durch die Polizei nach der Wohnung ihrer Schwester in der Poststraße gebracht.

Valuta-Bericht vom 1. April

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 1.72 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 111 M. per Hfl. Auszahlung Schweiz notierte etwa 59.15 M. per Sch. Fr. Auszahlung England notierte etwa 1900 M. per Pfd. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte etwa 27.40 M. per frs. Fr. Auszahlung Neupost notierte etwa 208 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Reichlichen Landeswetterdienste vom 3. April

Vorausichtige Witterung: Weiterhin trüb und sehr kühl mit Niederschlägen.

Wasserstand des Rheins

Schweizerseil 160, gest. 15 Zim. Rest 251, gest. 8 Zim. Wogan 160, gest. 19 Zim. Mannheim 348, gest. 3 Zim.

Die neuen Gütertarife und der Wasserumschlagsverkehr

Aus Berlin wird uns berichtet:

Im Hauptauschuss des Reichstags der seit Dienstag den 28. März der Reichstags-Debatte behandelt, brachte am Mittwoch Abg. Carl Wed (Mannheim) die außerordentliche Schädigung zur Sprache, die der kohlenerzeugenden Süddeutschen Industrie und den Wasserumschlagplätzen Süddeutschlands aus dem neuen Gütertarif erwachse, die bekanntlich auf dem Grund einer weitgehenden Staffelung auf die weiten Entfernungen aufbaut sind. Der demokratische Abg. Wieland (Mannheim) hatte anlässlich der Auseinandersetzungen über die mangelhafte Kohlenversorgung Süddeutschlands bereits auf die tarifliche Seite dieser Frage hingewiesen. Verkehrsminister Brüder unterließ es jedoch, auf die besonders für Baden und Württemberg geradezu lebenswichtige Angelegenheit näher einzugehen. Das veranlasste unsern Abg. Wed, auf eine Erklärung der Regierung zu dieser Frage zu drängen. Nach dem amtlichen Sitzungsbericht führte er dabei das folgende aus:

Abg. Wed (Mannheim) schließt sich dem von Abg. Wieland vorgebrachten Anliegen über die Belieferung der süddeutschen Industrie mit Kohle an. Die Staffelung auf weite Entfernungen, die mit dem neuen Gütertarif vom 1. Februar ds. Jrs. sehr stark ausgebaut worden sei, begriffe er vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, weil sie für die von den Produktionsstätten der Kohle entfernten liegenden Werke der Kohle weniger als für die in der Nähe liegenden Werke der Kohle sei. In dem grundsätzlichen Verkehrswasserumschlagplätzen und die süddeutsche kohlenerzeugende Industrie die geradezu katastrophale Wirkung, daß der Bezug von Kohlenquantitäten, insbesondere von Brennstoffen, über die Wasserwege nahezu ausgeschlossen sei. Diese Güter aber auf die Eisenbahn zu übernehmen, seien dies gar nicht in der Lage. Nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Transporten seien reine Kohletransporte. Die verbrauchende Industrie sei im allgemeinen auf die sogenannten gebrochene Transporte (Eisenbahn und Wasserstraßen) angewiesen. Das führe dazu, daß die Zulieferung von der Jette zum Rheinischen und der Rheinischen von diesem zur Zielstation beide in die erste Staffel (bis 300 Kilometer) mit dem höchsten Kilometerfuss fallen. Bei diesen Umständen seien zudem zweimalige hohe Uebertragungsgebühren zu zahlen. Daraus ergebe sich eine so starke Belastung der süddeutschen gebrochene Transporte daß der Wassertransport heute für Süddeutschland fast nicht mehr in Frage komme. In derselben Zeit, wo man jetzt in Süddeutschland Milliarden für den Bau neuer Wasserstraßen — Redartkanal, Main-Donau-Kanal — auswerfe, müsse man einen Tarif einlegen, der die Benutzung der Wasserstraßen praktisch ausschliesse. Das könne auf die Dauer nicht ertragen werden. Es bitte dringend, damit mit möglicher Beschleunigung eine Änderung eintreten zu lassen.

Abg. Wed legte dem Ausschuss zu Kap. 2, Titel 2 der Einkommen des Staats (Güterverkehr) eine Entschärfung des Inhalts vor:

Die Reichsregierung zu erwidern, mit unzulässiger Verflechtung für die Transporte zu und von den Wasserumschlagplätzen besondere Wasserumschlag-Tarife einzuführen, um die katastrophalen Wirkungen des jetzigen Gütertarifs für die kohlenerzeugende Industrie nach Möglichkeit auszuheben.

Staatssekretär Stieker vom Reichsverkehrsministerium teilte mit, daß Besprechungen mit den beteiligten industriellen und Schiffsfahrtskreisen im Gange seien, um eine bederterts der feierliche Lösung der Frage herbeizuführen. Des weiteren wurde dem Abg. Wed, der bereits am 19. Januar ds. Jrs. durch

eine formelle parlamentarische Anfrage die Aufmerksamkeit des Verkehrsministeriums auf diese für Süddeutschland unerträglichen Zustände hingewiesen hatte, eine schriftliche Darstellung des augenblicklichen Standes der Dinge in Aussicht gestellt.

Kleine Nachrichten

Bensheim. Ein 42 Jahre alter Knacht wurde auf seinem Gespann auf dem Wege nach Nordhorn bei Bensheim von zwei Straßenräubern erschossen. Die Täter sind verhaftet.

Neustadt (Pfalz). Die Landwirte der Gemeinde Neustadt veranlasseten eine Sammlung für die in Not geratenen Kleinbürger. Die Sammlung brachte 50 000 M. in bar und in Naturalien ein, die an bedürftige Kleinbürger zur Verteilung kommen.

Speyer. Vorgesitter nachts brachen Diebe in das Kaufhaus Bronker in der Hauptstraße ein und stahlen Haushaltungsgegenstände, Textilwaren und andere Bedarfsartikel im Werte von 150 000 M.

Dammheim (Pfalz). Die ledige 19 Jahre alte Anna Schönhofer von Dammheim wurde von der Gendarmerei verhaftet und in das Amtsgefängnis Rumbach eingeliefert. Sie wird beschuldigt, ihr neugeborenes Kind mit einem Strick um den Hals in eine Jauchegrube geworfen zu haben.

Aus der Pfalz. Die Pflanz der Erwerbslosen in der Pfalz steigt fortgesetzt. Während die Pflanz am 30. Dezember 1092 betragen hatte, war sie am 15. Januar auf 1176, am 31. Januar auf 1888 und am 15. Februar auf 1878 gestiegen.

München. Am Sonntag früh brach der von seiner Frau getrennt lebende 57jährige Hilfsarbeiter Josef Reiminger in die Wohnung seiner Frau, wo diese mit ihrem Geliebten, dem Fabrikarbeiter Mandel, weilte und tötete beide durch zahlreiche Schüsse. Er stellte sich dann selbst der Polizei.

Berlin. Wie das Deutsche Volk durch den „Berl. Tagbl.“ mitteilt, ist der erste Transport von Amerika überlandende Geldbesuche befristet worden worden, unterteilt in Saratow angekommen. Die Reisenden werden in der Weise verteilt, daß etwa 4000 erwachsene Kolonisten einen Monat erährt werden können. Ein weiterer Lebensmitteltransport geht demnächst ab. Eine besondere Abteilung der deutschen Hilfskommission ist mit Kisten, Verbandszeug usw. nach dem Gouvernement Saratow ausgesprochen.

Berlin. Auf Schloß Bismarcksdorf in Oberschlesien wurde gegen den Frh'n. v. Reichenitz ein Sprengstoffattentat verübt. Es wurde erheblicher Sachschaden angerichtet, aber niemand verletzt.

Berlin. Nach dem „Berl. Vol.-Anz.“ hat das Linienfährt „Saarbober“ drei der vier vom Eise im Nigalischen Meerbusen eingeschlossenen Handelsdampfer aus ihrer gefährlichen Lage befreit.

Berlin. Vom 1. April ab wird der regelmäßige Luftpostverkehr zunächst auf folgenden Linien wieder aufgenommen: 1. Hamburg-Berlin-Dresden; 2. Berlin-Bremen; 3. Bremen-Gannover-Magdeburg-Leipzig-Dresden; 4. München-Konstanz. Die Flüge finden nur Werktags statt. Zugelassen sind zur Luftpostbeförderung gemündliche und Einschreibebriefsendungen jeder Art, Rädchen und dringende Pakete, sowie Zeitungen. In den nächsten Tagen werden noch weitere Strecken voranschreitlich auch der Verkehr mit Danemark (Hamburg-Kopenhagen) aufgenommen werden können.

Berlin. Unter dem Vorbehalt, auf eigene Faust im November des Vorjahres die Befristungnahme bei dem Pfandlohnweise in der Waldemarstraße vorgenommen zu haben, wurden jetzt die Kriminalbeamten Kreiner, Schaper und der Wachmeister Schmeide von der Schutzpolizei verhaftet. Alle drei hatten auf Veranlassung eines schwermütigen Jungen namens Krenz und eines Mannes, der bisher nur unter dem Namen Georg bekannt ist, gehandelt und mit diesen gemeinsame Sache gemacht.

Zufahrt. Gestern wurde hier die Konferenz der Donaustaaten, woran auch Deutschland teilnimmt, eröffnet. Die Beschlüsse der Konferenz sollen in Freiburg, dem Sitz der internationalen Donauf Kommission, ratifiziert werden.

Berlin. Der Hauptauschuss des preussischen Landtags lehnte einen kommunikativen Antrag, dem hungernden Russland 20 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, ab. Dafür wurde ein Antrag Leddig (D.P.) angenommen, dem Landtag vorzuschlagen, dem deutschen Roten Kreuz für das Hilfsamt zur Bekämpfung der Hungersnot, insbesondere zugunsten der Deutschen, 5 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Sammel. Ein furchtbares Unglück ereignete sich in der ersten Schulfahrt in dem benachbarten Lendern. Der Lehrer Hermann Jergens hatte einen Vorkursänder in der Tasche. Auf irgend eine Art und Weise, wahrscheinlich durch Auslösen an der Bank, explodierte der Koffer und zerbrach in tausend Oberflächen und Unterflächen. Zwei in der Nähe stehende Schüler wurden ebenfalls schwer verletzt. Der erkrankende Schüler starb nach wenigen Minuten.

Stammeshaufen. Aus dem Rheine wurde hier die Leiche der Chefrau des Schiffers Rühig als Dorfvogel (Interfranken) gezogen, die vor einiger Zeit bei Wehrich von dem Schiffe ihres Ehemanns in den Rhein gefallen war.

Breslau. Die Breslauer Behörden sind mit der Aufhebung einer Reihe Vertragsverträge beschäftigt. Es handelt sich um mehrere Gewindler, die sich mit der Herstellung und den Ver-

gierungen und Organisationen geschäftet werden, unter Umständen Verhinderer erhalten können. — Zu gleicher Zeit und in gleicher Dauer wird von der Zentralstelle eine Arbeitsgemeinschaft abgehalten, die den grundlegenden volkswirtschaftlichen Fragen der Leistung (Lebensmittel, Sachverhältnisse und der Charakteristika) gewidmet sein wird. Die Arbeitsgemeinschaft ist in erster Linie für Hauptamtliche Bibliothekare und der früheren Arbeiterorganisationen gedacht. Teilnehmergebühren 200.— M. Gebühr für die Teilnehmer an beiden Veranstaltungen 400.— M. Alle Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle, Steyer Str. 28.

Eine Million für das Frankfurter Goethehaus. Die für die Erhaltung des Frankfurter Goethehauses veranlassete Goethekommission wird in Frankfurt a. M. aller Voraussicht nach den Betrag von 1 Million Mark erreichen. Damit dürfte die augenblickliche Not beseitigt sein; doch wird eine dauernde Sicherung des Frankfurter Goethehauses erstreblich.

Kantgesellschaft Karlsruhe. Am Sonntag, 12. März, veranstaltete die Ortsgruppe Karlsruhe im hiesigen Miniontheater einen öffentlichen Vortrag über Fortschritte an der Menschenseife. — Als Redner war Prof. Dr. Wolff-Koehler aus Berlin gewonnen worden. Prof. Koehler übermittelte durch Wort und Lichtbild in populärer Weise seine als langjähriger Leiter der deutschen Ration für Menschenseifenlangjähriger Leiter der deutschen Ration für Menschenseifenlangjährige auf Teneriffa gemachten Beobachtungen. Leider gestattete die Zeit nicht auch auf die daraus zu ziehenden Folgerungen, was ja gerade am meisten interessiert hätte, einzugehen. Der Vortragende erklärte sich jedoch gerne bereit, einer event. Einladung zu einem 2. Vortrag Folge zu leisten und konnte man die Kantgesellschaft nur dankbar sein, wenn sie dies veranlassen wollte, zumal der überaus starke Andrang bewies, wie sehr groß das Interesse an dem gewählten Thema ist.

trieb gefälschter Zeugnisse befaßt, mit denen die Inhaber vermutlich in die Lage versetzt wurden, sich bei einer Unberücksichtigung immatrikulieren zu lassen. Außerdem haben sie auch politisch wichtige Papiere angefertigt, auf Grund deren, wie man annimmt, die Entente besondere Anordnungen gegen Deutschland hat ergreifen lassen.

Rechte Nachrichten
Die neuen Lohnerhöhungen für die Reichsarbeiter

Am 30. und 31. März fanden im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen über die Lohnerhöhungen für die Arbeiter des Reiches statt, die sich aus der Regelung der Beamtengehälter ergaben. Die Gewerkschaften hatten bei den Verhandlungen mit der Reichsregierung Lohnsätze feigelegt, die für den 24 Jahre alten Lohnempfänger der Ortsklasse A in der Lohngruppe 1 einen Stundenlohn von 12,55 M., in der Lohngruppe 7 für Angelernte von 11 M. vorsahen. Die neuen Beschlüsse des Reichstages machten eine neue Erhöhung notwendig, jedoch der neue Stundenlohn jetzt für die beiden erwähnten Gruppen 12,20 M. bzw. 11,75 M. beträgt. Die Lohnaufbesserungen für die Arbeiter ab 1. April ergeben für den Ledigen folgende Beträge: In der Ortsklasse A 3,45 M., Ortsklasse B 3,35 M., Ortsklasse C 3,25 M., Ortsklasse D 3,25 M., Ortsklasse E 3,25 M. Der Verheiratete mit zwei Kindern erhält unter Berücksichtigung der Frauenzulage in Höhe von 1 M. in Ortsklasse A 4,85 M., Ortsklasse B 4,75 M., Ortsklasse C 4,65 M., Ortsklasse D 4,65 M., Ortsklasse E 4,65 M. In Lohngruppe 7, welche die ungelerneten Arbeiter umfaßt, betragen die Summen für die Ledigen der Ortsklasse A 3,30 M., in B 3,20 M., in C, D und E 3,10 M. Der Verheiratete mit zwei Kindern erhält in Ortsklasse A 4,70 M., in B 4,60 M., in C, D und E 4,50 M.

Die Hilfsaktion der Gewerkschaften für Rußland

Die Hilfsaktion des internationalen Gewerkschaftsbundes für die Hungernden in Rußland wird eifrig fortgesetzt. Bisher sind 4 Schiffe nach Rußland abgegangen, die insgesamt folgende Mengen Lebensmittel transportierten:

925 000 Kg. Roggenmehl	16 000 Kg. Maggipräparate
456 272 " " "	31 045 " " "
501 800 " Weizenmehl	6 229 " " "
94 450 " " "	29 650 " " "
46 843 " " "	10 000 " " "
25 745 " " "	3 720 " " "
10 117 " " "	69 286 " " "
10 000 " " "	10 000 " " "

Für ein fünftes Schiff ist die Tonnage inzwischen bereithgestellt worden:

1 045 000 Kg. Roggen,	30 000 Kg. Schmalz,	60 000 Kg. Butter,	18 089 Kg. Schmalz,	7600 Kg. Tee,	11 206 Kg. Kaffee,	10 000 Kg. Kaffeebohnen.
-----------------------	---------------------	--------------------	---------------------	---------------	--------------------	--------------------------

Außerdem sind noch folgende Vorräte auf gekauft worden, die bei der nächsten günstigen Gelegenheit nach Rußland befördert und zur Verteilung gelangen sollen: 18 405 Männerjoden und -mäntel; 20 000 Männermäntel, 3511 Frauenmäntel, 10 000 Paar Männerjoden und außerdem eine große Menge Kinderzeug, im Gesamtgewicht von ca. 38 670 Kg., die im Auftrag des Gewerkschaftsbundes in der Tischschloßwerke angefertigt und gekauft wurden. Ferner wurden dem nach Rußland abgereisten Prof. Kanten für seine Hilfsaktion 2 Posten Arzneimittel im Werte von 50 000 bzw. 10 000 fl. übergeben. Ein zweites Posten von Medikamenten im Werte von 30 000 fl. wurde durch den internationalen Gewerkschaftsbund direkt nach Georgien für die dortigen notleidenden Hospitaler bereitgestellt. Der Gesamtwert aller bisher vom I.G.W.B. für die Hungernden in Rußland angekauften und zur Verfügung gestellten Lebens- und Bekleidungsmittele sowie Medikamenten beträgt rund 1 200 000 holl. Gulden.

Der Zentrumsmittler Wiesberts und die deutschnationale Propaganda

Bei der Oberpostdirektion Breslau lautet folgendes Rundschreiben:

Deutschnationale Beamtenhilfe
Gruppe Post
Breslau, den 16. März 1922

Ich bitte mir bald mitzuteilen

- welche Menge Kartoffeln noch benötigt wird und
- unter welcher Mitgliedsnummer und bei welcher Amtsgruppe Sie als Mitglied geführt werden.

Es können nur Mitglieder beliefert werden.
Küster, D.P.S. Oberpostdirektion.
Anschluß 65.

Dieses Schreiben legte Genosse Seppel anlässlich der Beratung des Postrats im Hauptauschuss des Reichstags vor. Minister Wiesberts gab auf die Frage, was er gegen diese deutschnationale Propaganda in Diensträumen und mit Dienstleistungen zu tun gedenke, eine sehr merkwürdige Antwort. Er sah darin nicht Propaganda, sondern „Menschlichkeit“ und schien ganz damit einverstanden zu sein, daß die Einrichtungen der Republik zu deutschnationaler Propaganda benutzt werden.

Zu den Vorfällen in Samborn

Sachgemäß wird mitgeteilt: Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel, General Landberg, hat dem Auftraggeber des Ministerpräsidenten Tugendts aufgegeben, um dem Auftraggeber gemäß das Bedauern der deutschen Regierung über den Vorfälle in Samborn auszudrücken. Gleichzeitig machte er davon Mitteilung, daß alle Maßnahmen ergriffen waren, um die Urheber des Attentats zu ermitteln und der verdienten Strafe zuzuführen. Für den Fall, daß die Untersuchungen ein Verschulden deutscher amtlicher Organe erkennen lassen sollten, so würden entsprechende Maßnahmen in Aussicht gestellt. Alsdann lenkte der Geschäftsträger die Aufmerksamkeit des belgischen Ministerpräsidenten darauf, daß kein Anlaß besteht, an derselben Stelle wenige Tage vorher ein deutscher Polizeibeamter durch einen belgischen Polizeibeamten ohne Anlaß erschossen wurde und erklärte in diesem Zusammenhang, die deutsche Regierung glaube des Einberufens der belgischen Regierung sicher zu sein, daß beide Fälle in formeller und materieller Beziehung nach den Grundätzen des Völkerrechts und des internationalen Rechtsmensens erlösigen würden.

Stellenverminderung bei der Reichspostverwaltung

Ein dem Hauptauschuss des Reichstags von allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunistischen vorgelegter Antrag verlangt, daß künftig über 6000 Beamtenstellen bei der Post in Wegfall kommen. Auf eine sozialdemokratische Anfrage, wieviel Beamte aus der Postverwaltung noch anderen Verwaltungsbereichen übernommen werden seien oder noch übernommen werden, antwortete ein Regierungsbereiter, daß sich das Finanz-

Theater, Kunst und Wissenschaft

„Vollstunde, Zeitschrift für soziale Anstalt“, von dieser im Auftrag des Berliner Vereins „Vollstunde“ herausgegeben. Für den ungewöhnlich niedrigen Bezugspreis von jährlich nur 10 M. enthält, vornehm ausgelegte Zeitschrift, in jedem Heft 4 bis 2 Jahrgänge erschienen. Es enthält eine Reihe von Seiten aus einem noch unerschienenen Drama Karl Höpfer „Vollstunde“, Julius das über Individuen und Sozialismus. Jedes Heft über die Grenzen des Kunstschöpfung, Hans Reimann, Heber die Entwicklung der heutigen Bühnenform, Hans Reimann, Heber Kritik usw. — Bestellungen sind an den Verlag Berlin S.O. 16, Apendlerstr. 68, zu richten.

Rehring für Volksbildung. Die Deutsche Zentralstelle für volkstümliche Bücherwesen zu Leipzig veranstaltet auch in diesem Jahre einen Rehring für die Dauer von 4 Wochen für volkstümliche Volksbildung, sowie für die Leiter von Kreis-, Provinzial- und Landesbibliotheken. In der ersten Hälfte des Rehringes sollen die pädagogischen und organisatorischen Grundkenntnisse entwickelt werden, die jeder volkstümlichen Bücherarbeit zugrunde liegen müssen. Der zweite Teil des Rehringes wird die Anwendung dieser Grundkenntnisse auf den besonderen Fall der kleinen Bücherei betreffen. Am Zusammenhänge damit wird die Organisation der Kreis-, Provinzial- und Landesbibliothek, sowie die Frage des zweckmäßigen Rehring am 1. Mai, das Honorar beträgt 300 M. Regierungen und Volksbildungsorganisationen, die der Zentralstelle mit festen Beiträgen angeschlossen sind, erhalten für ihre Teilnehmer entsprechende Ermäßigungen. Der Zentralstelle steht ein Fonds zur Verfügung, aus dem solche Teilnehmer, die nicht von Re-

